

Koalitionsvereinbarung

zwischen
der Marburger SPD
und Bündnis 90/Die Grünen Marburg

für die Universitätsstadt Marburg

in der Wahlperiode 2006 – 2011

14. Juli 2006

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
Stadt-und Universitätsentwicklung	4
Arbeit und Wirtschaft	5
Wohnen und Freizeit	6
Demokratie und BürgerInnenbeteiligung	6
Soziales	7
Kinder und Jugendliche	8
Ältere Menschen	10
Menschen mit Behinderung	10
Menschen in schwierigen Lebenslagen	11
Frauen	12
Sexualität und Partnerschaften	12
Schule und Bildung	14
Umwelt und Energie	14
Mobilität und Verkehr	16
Kultur	18
Sport und Vereine	19
Brandschutz und Feuerwehren	19
Regularien	20

Präambel

In dem Entschluss, auch in der neuen Wahlperiode der Marburger Stadtverordnetenversammlung die Politik zum Wohle der Marburger Bürgerinnen und Bürger gemeinsam zu gestalten, treffen SPD und Bündnis 90/Die Grünen diese Vereinbarung über ihre Zusammenarbeit für die nächsten fünf Jahre.

Die Koalition wird ihre erfolgreiche soziale und ökologische Politik der vergangenen neun Jahre auch in der neuen Wahlperiode 2006 bis 2011 fortführen.

Eine solide Finanzpolitik bleibt die Grundlage unseres kommunalpolitischen Handelns. Die Koalition arbeitet weiterhin an einem konsequenten weiteren Abbau der städtischen Schulden. Dabei ist die bewährte soziale, kulturelle, schulische, soziale und sportliche Infrastruktur zum Wohle der Marburgerinnen und Marburger zu erhalten, und die Gebühren sind weiterhin sozial zu gestalten.

Die besondere Aufmerksamkeit der Politik hat speziell den „schwächeren“ Teilen unserer Gesellschaft zu gelten: den älteren MitbürgerInnen, Behinderten, Kindern und Jugendlichen, ausländischen MitbürgerInnen und sozial Benachteiligten. Die Koalition wird darüber hinaus auch weiterhin der besonderen Förderung von Frauen im öffentlichen Leben eine wichtige Rolle beimessen.

Schwerpunkte der rot-grünen Koalition sind:

- Unterstützung der weiteren Entwicklung der Philipps-Universität, vor allem bei der Durch- und Umsetzung der Campus-Planung.
- § Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in Marburg, Unterstützung von Beschäftigungsförderung.
- § Sicherung und Ausbau der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.
- § „Familienfreundlicheres Marburg“: Das Leben mit Kindern in Marburg weiter attraktiv machen.,.
- § Marburg als qualitativ hochwertigen Schul- und Bildungsstandort erhalten und weiterentwickeln, mit Schwerpunkt Ganztagschulen.
- § Fortführung der an Nachhaltigkeit orientierten Umweltpolitik.
- § Entwicklung einer „Kommunalen Altenplanung“.
- § Fortführung des „Gender Mainstreaming“.

Stadt- und Universitätsentwicklung

Das wichtigste Projekt der nächsten Jahre wird die Unterstützung der Philipps-Universität zur Beschleunigung der weiteren Planung, Durchsetzung und Umsetzung des Uni-Campus sein. Mit der Neueinrichtung der Kommission für Universitäts- und Regionalentwicklung, die diesen Prozess auch begleiten wird, unterstreicht die Koalition zusätzlich die Bedeutung dieses Schwerpunktes.

Neben der essentiellen Bedeutung für die Zukunft der Marburger Universität bildet der Uni-Campus auch einen weiteren Baustein der Aufwertung und Revitalisierung der Nordstadt, gemeinsam mit der begonnenen Sanierung der Ketzerbach und der Neugestaltung des Umfeldes der Elisabethkirche.

Über dieses zentrale Projekt hinaus soll die Kooperation zwischen Stadt und Universität bei der Bauleitplanung und der Infrastruktur weiter optimiert werden.

Zur Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität im Sinne der Stadt- und Universitätsentwicklung gehören auch:

- § Regelmäßig, mindestens jährlich, finden Gespräche des Magistrats mit der Uni-Leitung und mit den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Studierenden im Allgemeinen Studierendenausschuss statt.
- § Die Betreuung der Kinder Studierender ist eine Aufgabe, die Stadt und Universität gemeinsam zu lösen haben. Entsprechende Initiativen seitens der Universität, des Klinikums wie auch von studierenden Eltern sind zu unterstützen und weiter auszubauen.
- § Studierende sollen unterstützt werden, damit sie besser und schneller preisgünstige Wohnungen finden können
- § Ein internationales Studentenwohnheim wie das Collegium Gentium gehört zur Universität und zur Stadt Marburg. Es ist Aufgabe der Koalition, in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen und der Universitätsleitung dem CG eine Zukunft zu geben.
- § Die Stadt Marburg wird die Universität gegenüber dem Land Hessen unterstützen bei dem Bestreben, ihre Einrichtungen wie z.B. die Botanischen Gärten und die wissenschaftlichen Sammlungen zu erhalten; gleiches gilt für den Auf- oder Ausbau zukunftssträchtiger Forschungsbereiche.

Unabhängig von den angesprochenen Kooperationsbereichen mit der Universität gilt für Stadtentwicklungs- und Baumaßnahmen der Stadt:

- § Die städtebauliche Planung soll allen Lebenslagen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.
- § Das Programm „Barrierefreie Stadt“ wird in den Bereichen öffentliche Wege, Plätze und Gebäude konsequent weitergeführt, unter Fortschreibung der Haushaltsmittel.
- § Baumaßnahmen sollen mit dem in Marburg gebotenen Maß an Ästhetik, Sensibilität und Augenmaß erfolgen.
- § Der Neubau des Hirsefeldsteges ist in naher Zukunft notwendig, um die wichtige Verbindung vom Südviertel nach Weidenhausen zu erhalten und barrierefrei zu gestalten (z.B. Begegnungsverkehr von Rollstühlen ermöglichen).
- § Die Sanierung Weidenhäuser Brücke wird in dieser Wahlperiode abgeschlossen.
- § Die Sanierung und barrierefreie Erschließung des Marburger Hauptbahnhofs soll bis 2009 abgeschlossen sein. Die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes wird ab dem Jahr 2008 in Angriff genommen.

Arbeit und Wirtschaft

Wirtschaftspolitisch setzen SPD und Grüne sich zum Ziel, den Gewerbe- und Einzelhandelsstandort Marburg weiter zu stärken. Marburg soll sich in der Region als Oberzentrum behaupten und seine gewachsene Bedeutung ausbauen. Die Koalition will:

- § die Innenstadt als Arbeits-, Einkaufs- und Lebensraum stärken und aktivieren. Das Engagement zur Aufwertung der Oberstadt muss weiter erhöht werden.
- § kein Großeinkaufscenter in Marburg.
- § den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die aktive Beschäftigungspolitik soll fortgeführt werden auch in der Stadtverwaltung und städtischen Unternehmen. Dazu gehört auch, dass die Zahl der Ausbildungsplätze, der Arbeitsgelegenheiten insbesondere für Langzeitarbeitslose und sonstige Beschäftigungen v.a. in „einfachen“ Tätigkeiten, fortgeführt werden.
- § eine konsequente Standortsicherung für die ortsansässigen Unternehmen in Handwerk, Dienstleistung, Produktion und Einzelhandel.
- § ein offensives und integriertes Stadtmarketing ins Leben rufen.

- § den verstärkten Ausbau des Tourismus.
- § die regionale und interkommunale Zusammenarbeit mit den Umlandkommunen und dem Landkreis ausbauen.

Wohnen und Freizeit

Die Schaffung und Erhaltung von preiswertem, gesundem und ökologischem Wohnraum bleibt auch künftig Ziel der Koalition. Die Stadtteile sollen für alle Einwohnerinnen und Einwohner, für Jung und Alt, attraktive Wohn- und Lebensorte sein.

- § Die Wohn- und Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen werden weiter verbessert.
- § Der vorhandene Wohnraumbestand soll besser, effektiver und gerechter genutzt und neuer Wohnraum soll bedarfsgerecht geschaffen werden.
- § Die künftige Entwicklung unserer Stadt soll vom Flächenverbrauch weitgehend unabhängig gemacht werden.
- § Die Ausweisung neuer Wohnbauflächen soll in überschaubarer Größenordnung und bevorzugt im Anschluss an vorhandene Baugebiete erfolgen.
- § Die Entwicklung weiterer Freizeitmöglichkeiten entlang der Lahn sollen vorangebracht werden.
- § Die Erholungsflächen und Liegewiesen an der Lahn sollen durch einen stufenweisen Rückbau von Parkplätzen erweitert werden, sobald im Umfeld zusätzliche Parkmöglichkeiten geschaffen worden sind.
- § Die Siedlungsgrenzen bzw. der Stadtrand sollen definiert werden, auch um dem Verlust weiterer Grünflächen vorzubeugen.

Demokratie und BürgerInnenbeteiligung

In vielfältiger Weise haben SPD und Grüne die Verantwortlichkeit und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen und Projekten sichergestellt, z.B. im Behindertenbeirat, Seniorenbeirat, Kinder- und Jugendparlament, in der Lokalen Agenda und in Bürgerversammlungen. Dies soll auch in Zukunft so sein und entsprechende Unterstützung erhalten.

Für die Arbeit der „Lokalen Agenda“ werden entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden auch die Ergebnisse der Beiräte, Kommissionen und Ausschüsse in die Beratungen einfließen.

Die Stadt Marburg wird alle Initiativen unterstützen, die das Zusammenleben und die Integration von Menschen mit Migrations-Hintergrund fördern und weiterentwickeln.

Für die Fortentwicklung des gesellschaftlichen Lebens unserer Stadt durch neue Angebote und Maßnahmen muss verstärkt die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen werden, sich dafür auch finanziell zu engagieren. Deshalb soll eine „Bürgerstiftung“ konzipiert und eingerichtet werden.

Die Koalition wird unter Einbeziehung der Stadtteilgemeinden die Frage klären, ob und in welchem Umfang in der Innenstadt Ortsbezirke eingerichtet werden.

Eine Überarbeitung der Entschädigungssatzung für die OrtsvorsteherInnen soll eine einwohnerunabhängigere Aufwandsentschädigung vorsehen. Die Einrichtung neuer Ortsbezirke soll nicht zu einer Erhöhung der Haushaltsmittel führen.

Soziales

Die Sozialpolitik der Stadt muss den Grundsätzen der Chancengerechtigkeit, der Generationengerechtigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit folgen. Auch in den nächsten fünf Jahren soll Marburg im Sozialbereich eine Vorreiterrolle in Hessen einnehmen und die Lebensbedingungen für Familien, Kinder, Jugendliche, Senioren und Menschen mit besonderem Hilfebedarf in angemessener Weise und durch innovative Ansätze verbessern helfen.

Die bestehenden gezielten präventiven Maßnahmen insbesondere in der stadtteilorientierten Gemeinwesenarbeit, der Suchtberatung, der Schuldnerberatung, der frühen und intensiven Förderung von Kindern und Jugendlichen in sogenannten Problemfamilien, der Elternberatung u.a. bleiben unverzichtbar und sollen in ihren Angeboten stärker aufeinander abgestimmt werden. Die Gemeinweseninitiativen werden bei der Entwicklung innovativer Projekte zur Integration von Mitbürgerinnen und Mitbürgern unterschiedlicher ethnischer Herkunft unterstützt.

Die Einbeziehung weiterer Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf, wie Walddal und Stadtwald in das Programm „Soziale Stadt“ wird angestrebt.

Gemeinsam mit der GeWoBau, der Walddalgemeinde, dem St. Martin-Haus, dem AKSB und der Bevölkerung soll eine Neukonzeption für Räume der Gemeinwesen- und Nachbarschaftsarbeit im Walddal erfolgen.

Kinder und Jugendliche

Die Zukunftschancen unserer Kinder müssen weiter verbessert werden. Dazu gehört für SPD und Grüne auch, dass grundsätzlich keine Gebühren und Beiträge für die Betreuung der Kinder erhoben werden sollen. Dafür sind vom Land Hessen und dem Bund finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Koalition wird:

- § den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder von 0 bis 14 Jahren vorantreiben. Bis 2010 soll für alle Kinder ab 2 Jahren ein Betreuungsplatz garantiert werden. Ferner sollen bis 2010 für 50% aller unter 2-jährigen Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.
- § die Gebühren für Krippen-, Tagespflege- und Hortangebote auf eine einheitliche Gebühr für Kinderbetreuung deutlich absenken.
- § die Initiativen zur Verbesserung des Übergangs vom Kindergarten in die Schule unterstützen.
- § die gesunde Ernährung durch Verwendung biologischer Lebensmittel in Kindergärten und Schulkiosken fördern und Maßnahmen für einen natürlichen Bezug zum eigenen Körper unterstützen, die den Bewegungsdrang der Kinder nicht beschränken sondern fördern.
- § die Maßnahmen zur Verstärkung der Erziehungskompetenz der Eltern mit Unterstützung des „Bündnis für Familien“ weiter entwickeln (z.B. „Starke Eltern - starke Kinder“). Für benachteiligte Familien ist aufsuchende Familienarbeit verstärkt zu realisieren.
- § den Neubau eines Kindergartens in Bauerbach/Erweiterungen des Kinderbetreuungsangebotes (Mittags- bzw. Ganztagsangebote) im Rahmen der Haushaltsberatungen 2007 aufrufen.

Für die Qualität aller Einrichtungen der Kinderbetreuung ist die Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher von herausragender Bedeutung. Es soll mit dem Fachbereich Erziehungswissenschaften unter Einwerbung von Drittmitteln modellhaft eine Fortbildung entwickelt werden, die dazu

beiträgt, die Teilhabechancen und die Zukunftsperspektiven aller Kinder optimal zu fördern.

Die Zukunftschancen unserer Jugendlichen für ein glückliches, selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben sollen verbessert werden durch:

- § Entwicklung und Gestaltung des Lebensumfeldes unter Beteiligung der Kinder- und Jugendlichen.
- § dezentrale Möglichkeiten für die Selbstorganisation der Jugendlichen in den Stadtteilen und im Stadtwald.
- § Vorrang für bildungs- und jugendhilfepolitische Projekte, die ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, wie z.B. die 6-jährige Grundschule.
- § die notwendige Weiterentwicklung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule, unter anderem durch eine weitere Förderung der Servicestelle.
- § Unterstützung Jugendlicher in schwierigen Lebenslagen und ihrer Erziehungsberechtigten durch ambulante und lebensweltorientierte Hilfsangebote (z.B. Familienerziehungsprogramme). Hierbei soll auch die Klärung des erforderlichen Umfangs gezielter Mädchenarbeit erfolgen.
- § weiterhin massive Unterstützung der vielfältigen Angebote der Jugendberufshilfe in öffentlicher und freier Trägerschaft (Beschäftigungs- und Ausbildungsprojekte, Qualifizierungsangebote von bsj e.V., Juko e.V., Stebb und Praxis gGmbH) für einen erfolgreichen Berufsstart. Dabei sollen auch solche Projekte von und für langzeitarbeitslose Jugendliche realisiert werden, in denen sie ihre Kompetenzen in sinnstiftenden Arbeitszusammenhängen erproben und weiterentwickeln können, auch wenn damit kein unmittelbarer Berufseinstieg ermöglicht werden kann.
- § Sport- und andere Freizeitangebote. Sie sollen Jugendlichen mit Migrationshintergrund gefährdeten Jugendlichen und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen, helfen besser integriert zu werden. Dafür soll gemeinsam mit Vereinen und Einrichtungen, Programme erarbeitet werden.
- § die Fortführung der Ausbildung von Streitschlichtern und Mediatoren an Schulen, Busbegleitern und Buslotsen.

Ältere Menschen

Die Situation der älteren Menschen ist sehr unterschiedlich und hat sich in den letzten Jahren in vielfacher Weise verändert: es gibt immer mehr ältere und immer mehr sehr alte Menschen, , mehr ältere Menschen haben aber auch einen hohen und längeren Bedarf an Unterstützung und Pflege. Aber die meisten älteren Menschen sind länger gesund, sie gestalten aktiv ihr Leben und übernehmen Verantwortung für Angehörige, Nachbarn und Fremde. Die Altenpolitik der Stadt Marburg soll auf einer kommunalen Altenplanung basieren, die sich von folgenden zentralen Zielvorstellungen leiten lässt:

- § Verstärkt sollen Maßnahmen auf die Situation im Alter vorbereiten. Nicht vergessen werden darf dabei die Gruppe der über 50-jährigen Arbeitslosen, deren Chancen für eine Erwerbstätigkeit sehr gering sind.
- § Die bestehenden Beratungsstellen wie Pflegebüro, Beschwerdestelle Altenpflege, kommunales Seniorenreferat, Freiwilligenagentur usw. müssen weiterentwickelt und sollten inhaltlich und organisatorisch stärker koordiniert werden. Ziel muss sein, eine möglichst lange Eigenständigkeit älterer Menschen zu gewährleisten. Dies ist im Interesse der Menschen, der Stadt und reduziert auch das Risiko der Pflegebedürftigkeit.
- § Um ein möglichst langes selbständiges Leben zu ermöglichen, sind verschiedene Angebote altengerechter Wohnformen nötig, von barrierefreien (Klein-)Wohnungen für ein bis zwei Personen über verschiedene Formen des „Service-Wohnens“ bis hin zu alternativen Gemeinschaftswohnmodellen.
- § Die Stadt trägt dafür Sorge, dass es sowohl stationäre wie ambulante Einrichtungen in ausreichendem Umfang und guter Qualität gibt.
- § Für ältere Migrantinnen und Migranten wird in Kooperation mit dem Ausländerbeirat der besondere Bedarf dieser Personen geklärt, um notwendige Hilfestrukturen zu entwickeln.

Menschen mit Behinderung

Eine Besonderheit Marburgs ist es, dass viele Menschen mit Behinderung hier leben, weil bereits in der Vergangenheit zahlreiche Maßnahmen getroffen wurden, die mehr als sonst wo ein selbständiges Leben ermöglichen. Die Chancen dazu sollen weiter verbessert werden, vor allem durch folgende Maßnahmen:

- § Barrierefreie Zugänge werden schrittweise zu allen öffentlichen Räumlichkeiten geschaffen. Die Stadt soll auch auf Private einwirken, damit die Zugangsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung verbessert werden.
- § Die Stadt wird die Teilnahmemöglichkeiten an den kulturellen, sportlichen, politischen u.a. Veranstaltungen und Ereignissen der Stadt besser sichern. Dies soll durch Auszeichnung von Maßnahmen erreicht werden, die kreativ und sichtbar die Zugangsmöglichkeiten für behinderte Menschen verbessern.
- § Das derzeit als Modellmaßnahme erprobte Konzept des persönlichen Budgets soll für alle berechtigten Personen möglich werden.
- § Die Stadt wird weiterhin an der Verbesserung der Mobilitätsbedingungen im öffentlichen Personennahverkehr arbeiten: Behindertengerechte Absenkung von Bordsteinen, barrierefreie Busse, regelmäßige Schulung des Fahrpersonals und behindertengerechter Ausbau des Marburger Bahnhofs.
- § Die Stadt wird sich dafür engagieren, dass die Anzahl der barrierefreien und stadtnahen Wohnungen mit behindertenfreundlichem Wohnumfeld weiter steigt. Die Stadt unterstützt den Zugang von behinderten Menschen zur Erwerbsarbeit.
- § Die von Trägern unabhängigen Beratungsmöglichkeiten werden verbessert und der Marburger Stadtführer für Menschen mit Behinderungen wird fortgeschrieben.

Menschen in schwierigen Lebenslagen

Die Schere zwischen arm und reich darf nicht noch weiter auseinander gehen. Diejenigen, die am Rande der Gesellschaft leben und zumeist ausgeschlossen sind von Arbeit, von Bildung, von den Grundbedingungen für ein gesundes Leben sowie von politischer und gesellschaftlicher Teilhabe sollen in ihren Möglichkeiten und Kompetenzen gestärkt werden:

- § Die Stadt unterstützt weiterhin die Arbeit der Gemeinwesenprojekte und trägt zu deren Weiterentwicklung bei, entsprechend den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen.
- § Die Hilfe zur Verhinderung und zum Abbau von Wohnungslosigkeit und für Nichtsesshafte soll weiter ausgebaut werden. Die Tagesanlaufstelle für Obdachlose und die DRK-Suppenküche sollen weiter unterstützt werden. Der Stadtpass soll vor allem für diesen Personenkreis besser

zugänglich gemacht und gezielter als Instrument der Teilhabe eingesetzt werden.

- § Im Rahmen der „Sozialen Stadt“ sollen weiterhin Projekte für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen entwickelt und sich verstärkt für deren Integration in den gesellschaftlichen Lebenszusammenhang eingesetzt werden.

Frauen

- § Die Stadt soll weiterhin für ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Sinne des Gender Mainstreaming tätig werden. Hierzu gehört eine entsprechende Personalentwicklungspolitik ebenso wie der kreative Einsatz familienfreundlicher Arbeitszeitregelungen. Dabei soll sich die Stadt Marburg der inzwischen weit verbreiteten Instrumente zur Beförderung eines solchen Prozesses wie „Total E-Quality“ oder „Audit Familie und Beruf“ der Hertie-Stiftung bedienen.
- § Die Stadt soll die Förderung und Unterstützung von Anti-Gewalt-Projekten vorantreiben.
- § Die Anpassung des Öffentlichen Nahverkehrs an das Schutzbedürfnis der Frauen und des Bedarfs an Parkplätzen für Frauen ist Aufgabe der Stadt.
- § Auch eine ausreichende Beleuchtung von schlecht einsehbaren Plätzen und Wegen ist Ziel der Koalition.
- § Entwicklung frauenspezifischer Planungskriterien, z.B. Planungszellen oder Zukunftswerkstätten nur für Frauen.
- § Die Interessen von Alleinerziehenden und Familien sollen im öffentlichen Wohnungsbau verstärkt Berücksichtigung finden.

Sexualität und Partnerschaften

In Marburg ist es Konsens, dass alle Menschen gleich welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung nicht nur geduldet werden sollen, sondern gegenseitigen Respekt verdienen. Ebenso wie Integration ein ständiges gesellschaftliches Thema bleibt, muss sexuelle Aufklärung und das Eintreten für die gesellschaftlich

erreichten Rechte sexueller Selbstbestimmung immer auch kommunale Aufgabe sein. Hierzu gehört insbesondere,

- § dass Aufklärung, Sexualität und sexuelle Orientierung Teil der Angebote der Jugendhilfe sein muss.
- § dass Selbstorganisationen von Lesben und Schwulen in der Stadt unterstützt werden.
- § dass sich die Stadt auch symbolisch hinter die Rechte von Lesben und Schwulen stellt, z.B. durch Beflaggung des Rathauses am Christopher-Street-Day (CSD) mit Regenbogenflagge.
- § dass die Beratungsarbeit für junge Menschen, die Hilfestellung und Unterstützung benötigen, auch weiterhin unterstützt und gefördert wird (z.B. Jugendhäuser, Pro Familia, Sozialdienst Katholischer Frauen, Wildwasser, Tuntonia).

Schule/Bildung

Schule wird von SPD und Grünen nicht nur als Lernort sondern auch als Lebensraum verstanden. (Echte) Ganztagschulen bieten dazu die Möglichkeit. Wir fordern die hessische Landesregierung auf, die für ein flächendeckendes Ganztagsschulangebot notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Bis dahin wird die Koalition mit den ihr gegebenen Möglichkeiten den Ausbau der Angebote in der Stadt Marburg weiter unterstützen. Hier gilt es vor allem, die neue Rhythmisierung in der Tagesgestaltung zu erproben und zu attraktiven Lern- und Lebensräumen insbesondere auch für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund sind alle bildungspolitischen Weichenstellungen der kommenden Jahre daraufhin zu überprüfen, dass sie integrativen und nicht selektiven Paradigmen folgen. Die rot-grüne Koalition in Marburg setzt damit ein bewusstes Gegengewicht zur Bildungspolitik der hessischen Landesregierung.

- § Weiterführung und Ausbau der „Lokalen Bildungsplanung“.
- § Ausbau der Kooperationsangebote im Projekt "Jugendhilfe-Schule".
- § Weiterführung des Schulhoferneuerungsprogramms.
- § Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten und Ganztagschule.
- § den Erhalt der Betreuungsangebote und deren Ausbau insbesondere für die ersten vier Schuljahre.
- § die Weiterführung der Budgetierung an den Schulen.

- § die Stärkung der Kooperation der Schulen untereinander.
- § In allen Schulkiosken sind künftig Lebensmittel aus ökologischer und/oder regionaler Erzeugung anzubieten.
- § Erhalt und Sicherung des Jugendwaldheims Roßberg als wichtiger außerschulischer Lernort für die Region.
- § Auch Schulen in freier Trägerschaft sollen sich an Angeboten im Rahmen der „Lokalen Bildungsplanung“ beteiligen können.
- § Unterstützung des Ausbaus der Freien Schule bis zur 10. Klasse.
- § Die Stadt soll sich beim Land Hessen dafür einsetzen, dass nach skandinavischem Vorbild jedes Kind ein „Sprachenportfolio“ bekommt, das seine individuellen Lern- und Entwicklungsschritte wie seine sprachliche Biographie dokumentiert .
- § Die Einführung von Schülerjahreskarten analog zum Semesterticket für Studierende wird angestrebt.
- § Der Bau von neuen Klassenräumen für die Martin-Luther-Schule wird umgehend in Angriff genommen.

Umwelt und Energie

Im Sinne einer am Prinzip der Nachhaltigkeit orientierten Umweltpolitik wird die rot-grüne Koalition in Marburg in den nächsten fünf Jahren folgende Schwerpunkte setzen: :

- § Sparsamer Umgang mit Wasser, wo möglich Regenwassernutzung in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden; keine Privatisierung der Wasserversorgung.
- § Zur Verbesserung des Hochwasserschutzes sind die Schaffung von neuem Retentionsraum, die Sanierung der Deiche und ein restriktives Vorgehen bei Bauvorhaben im Überschwemmungsgebiet unerlässlich.
- § Ausweitung des Einsatzes erdgasbetriebener Busse und entsprechende Anschaffung neuer Busse (mindestens 1 Bus jährlich).
- § Weiterführung des Rapsölprojektes durch Umrüstung weiterer Fahrzeuge der Stadt und der städtischen Unternehmen.

Eine moderne Energiepolitik, die zugleich Arbeitsplätze schafft und einen Beitrag zum Klimaschutz leistet, ist das Ziel von SPD und Grünen. Die Koalition will:

- § regenerative und ökologisch sinnvolle Energien weiterhin intensiv unterstützen (Wasserkraft, Windkraft, Photovoltaik) und insgesamt die Stromeigenproduktion der Marburger Stadtwerke weiter vorantreiben.
- § im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sollen regenerative Energien zur Verminderung klimaschädlicher Emissionen konsequent genutzt werden. Ziel ist: bis 2010 regenerative Energie mit einem Anteil von 10 % und die Eigenproduktion der Stadt auf insgesamt ein Drittel zu erhöhen .
- § einen weiteren Windkraftstandort entwickeln, denn Windenergie leistet einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung (der Standort Wehrda produziert ca. 1 % des Marburger Stromverbrauches).
- § Neuinstallation von Wasserkraftanlagen.
- § das Bürgerinnenbeteiligungsprojekt durch Bereitstellung weiterer Dachflächen zur Errichtung von Photovoltaikanlagen unterstützen.
- § Nutzung von Solarenergie in allen städtischen Betrieben.
- § die Gewährung städtischer Darlehen an die GeWoBau zur Finanzierung zusätzlicher Photovoltaikanlagen.
- § die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf effizientere Formen und eine stromsparende Ampeltechnik, außerdem die Durchführung eines Modellprojekts „Solargespeiste Lichtanlagen“.
- § dass die Möglichkeiten der Bauleitplanung und der Energieberatung genutzt werden, um solare Energienutzung und Energiesparpotentiale auch bei privaten und gewerblichen Bauten zu realisieren.
- § Energetische Modernisierung von öffentlichen Gebäuden.
- § die Einführung eines Energie-Gebäudepasses für alle öffentlichen Gebäude.
- § für alle Neubauten der Stadt und ihrer Unternehmen soll künftig grundsätzlich der Passivhausstandard gelten.
- § bei Auswechslung von Heizungsanlagen in öffentlichen Gebäuden: Installierung von BHKWs mit Biomassefeuerung. In jedem Einzelfall soll die Möglichkeit der Anwendung der BHKW-Technik grundsätzlich geprüft werden. Hierbei hat die Holzhackschnitzel-Technik Vorrang, um auch die beschäftigungspolitischen Aspekte zu berücksichtigen.
- § dass auf städtischen Gebäuden und Flächen Mobilfunk-Sendemasten nur nach Maßgabe der Schweizer Grenzwerte zugelassen werden; auf den Dächern von Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie in deren unmittelbarer Umgebung sollen gar keine Anlagen zugelassen werden (Vorsorgeprinzip). Die städtische Verwaltung und die städtischen Unternehmen sollen ihren MitarbeiterInnen grundsätzlich nur strahlungs-

arme Handys und Telefone zur Verfügung stellen (connect-Wert oder SAR-Wert).

- § dass öffentliche Einrichtungen künftig grundsätzlich auf Stand-by-Geräte verzichten.
- § dass das Aktionsbündnis „Gentechnikfreie Region Marburg-Biedenkopf“ durch die Stadt unterstützt wird.

Mobilität und Verkehr

Unsere Verkehrspolitik orientiert sich an der ökologisch verträglichen Sicherung von Mobilität für alle Bevölkerungsteile. Die Stadt muss mit dem Auto erreichbar, anfahrbar sein – die Mobilität innerhalb der Stadt muss durch intelligente und vernetzte andere Systeme ermöglicht werden. Vor allem die Förderung des ÖPNV soll die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle sichern.

Das Parkplatzangebot in Marburg ist so gut wie noch nie. Die Koalition will mit diesen hervorragenden Rahmenbedingungen und der Vielfalt des Angebots (Behindertenparkplätze, Frauenparkplätze) in der Region massiv für Marburg werben.

Die Koalition sieht ihre verkehrspolitischen Schwerpunkte für die nächsten fünf Jahre in folgenden Punkten:

- § Klare Prioritäten zugunsten des „Umweltverbundes“.
- § Einrichtung einer Mobilitätszentrale mit dem RMV im Hauptbahnhof.
- § Unterstützung einer zeitnahen Realisierung des Bahnhaltdepot Marburg-Mitte. Hierbei sollte die Finanzierung durch den RMV erfolgen.
- § Forderung nach einem ICE-Anschluss für Marburg.
- § Bessere Verknüpfung des Busverkehrs mit den Fernverkehrszügen; bessere Taktung der Buslinien in der Innenstadt: möglichst alle 5 Minuten ein Bus von Hauptbahnhof zum Südbahnhof statt Buskolonnen.
- § Bessere Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder.
- § Die bedarfsgerechte Erweiterung der Abendlinien evtl. als AST, sowie die Erweiterung und bessere Vertaktung der C-Linie wird ins Auge gefasst.
- § Von Donnerstag bis Samstag sollen die Nachtbusse bei Bedarf bis 3 Uhr verkehren, um Jugendlichen die für sie wichtige Mobilität zu sichern.

- § Die von Rot-Grün gefassten Beschlüsse zur Ausweitung von Tempo 30-Zonen auf alle Straßenabschnitte, die an Schulen, Kindergärten, Spielplätzen und Senioreneinrichtungen vorbeiführen sowie auf alle Durchgangsstraßen durch Wohnquartiere werden in Abstimmung mit den Trägern des ÖPNV umgesetzt.
- § Sperrung der Oberstadt an Samstagen für den Individualverkehr.
- § Rückbau überdimensionierter Straßenflächen zu Gunsten von Radfahrstreifen und verbreiterten Gehwegen.
- § Ausweitung des Radwegenetzes u.a. Radweg bis Rosenpark mit Bau einer kleinen Fußgänger-/Fahrradbrücke über das Schwarze Wasser unter vollständigem Erhalt der Kanustrecke.
- § Ampelschaltungen werden auf fußgängerInnenfreundliche Zeittakte umgestellt (Grundlage ist die neue EVA-Empfehlung für Fußgängeranlagen).
- § Ein Fußwegeentwicklungsplan zur Verbesserung der Gehwege in Marburg, z.B. hinsichtlich Breite und Oberflächenqualität soll unter wissenschaftlicher Begleitung entwickelt werden, unter Einbeziehung der vorhandenen Schulwegepläne und des Stadtführers für Behinderte.
- § Die Elisabethstraße wird im Zuge der Sanierungsplanung für das Nordviertel und die Ketzerbach zu einer Umweltstraße (ÖPNV, Radfahrer, Fußgänger, Taxen und Anlieger).
- § Der Verkehrsentwicklungsplan Nord/Nord-West, sowie die Rahmenpläne Bahnhof, Lahninsel, Marbach und Ockerhausen, Landschaftsplan Marburg-Mitte werden schrittweise realisiert, unter Berücksichtigung möglicher Veränderungsbedarfe im Zusammenhang mit den Campusplänen.
- § Das Parkraummanagement Innenstadt soll in der Hand der Marburger Stadtwerke zusammengeführt werden.
- § planerische Unterstützung privater Initiativen zur Schaffung von innerstädtischem bewirtschaftetem Parkraum (Parkhäuser Feeser-Gelände, Uferstraße, Bahnhofstraße, Ketzerbach/Pharmazie u.a.)
- § Zusammenarbeit mit Universität und Klinikum und anderen Unternehmen und Institutionen bei Parkraumbewirtschaftungskonzepten
- § Umsetzung der Temporeduzierung auf der B3a.
- § Unterstützung des B3a-Lückenschlusses.
- § Forderung nach Einbeziehung der B3a und anderer Bundesstraßen in die Mautpflicht für LKW.

Kultur

Die kulturelle Vielfalt und das große Angebot in unserer Stadt ist ein Ausdruck besonderer Lebensqualität und damit auch ein nicht zu vernachlässigender Standortfaktor für Marburg.

- § SPD und Grüne stehen ein für den Erhalt und die Förderung der kulturellen Infrastruktur in Marburg.
- § Die Profilierung Marburgs als Kulturstadt soll durch eine differenzierte Außendarstellung der Marburger Kulturszene für den Tourismus vorangetrieben werden.
- § Im Rahmen seiner personellen Möglichkeiten soll das Kulturamt verstärkt auch als „Vernetzungs- und Servicestelle“ tätig werden und Organisations-, Kooperations- und Koordinationshilfen zur Verfügung stellen. Das gilt auch für Angebote zur beruflichen Aus- und Weiterbildung im Kultursektor und für die Beratung bei der Akquisition von Fördermitteln und Sponsorengeldern.
- § Die Remisen auf dem Fronhofgelände sollen für kulturelle/künstlerische Zwecke genutzt werden.
- § Das „Kulturforum“ wird als erfolgreiches Modell der Bürgerbeteiligung im Kulturbereich fortgeführt.
- § Für die Zukunft des Kunstvereins soll ein Konzept zur Kostendämpfung entwickelt und vorgelegt werden.
- § In der Kulturförderung sollen Kriterien entwickelt werden, die die städtische Bezuschussung transparent machen.
- § Es soll die Diskussion angestoßen werden, ob die Stadt Marburg als Nachfolge für den gemeinsamen Literaturpreis mit dem Landkreis einen eigenen Literatur- oder einen anderen weiteren Kulturpreis ins Leben rufen soll.

Sport und Vereine

Das lebendige Vereinsleben in unserer Stadt, insbesondere auch in den Stadtteilen wie auch neue Formen des BürgerInnenengagements sind für die Koalition eine wichtige Bedingung des gesellschaftlichen Lebens. Dies gilt es weiterhin zu unterstützen.

Die Vereinsförderung soll in der jetzigen Form beibehalten werden. Dabei wird der Kinder und Jugendförderung Priorität beigemessen. Das besondere Interesse gilt auch dem integrationsfördernden Breiten- und Gesund-

heitssport, auch für benachteiligte Jugendliche, ausländische MitbürgerInnen, Behinderte und SeniorInnen.

Die Koalition ist sich einig, dass Marburg mit Sport- und Freizeiteinrichtungen hervorragend ausgestattet ist und dies auch in Zukunft erhalten werden soll.

Nach der aus bau- und sicherheitstechnischen Gründen notwendigen Schließung des Europabades werden wir prüfen, ob eine Sanierung des Bades für die Stadt finanzierbar ist. Andernfalls soll durch eine entsprechende bauliche Erweiterung des AquaMar um ein Sprungbecken abgesichert werden, dass es zu keiner Einschränkung der Angebotsbreite speziell im Bereich der Schwimmbildung von Schulen und Vereinen kommen wird.

Die Entwicklung der „Sporttribüne Marburg“ zum bundesweiten Jugendstützpunkt im Damen-Basketball steht für die Koalition ganz oben auf der sportlichen Liste für unsere Stadt.

Die Entwicklung eines Konzeptes für die Umgestaltung des Sportgeländes der Richtsberg-Gesamtschule unter Einbeziehung des stadtteilbezogenen Umfeldes ist Arbeitsauftrag für diese Wahlperiode.

Brandschutz und Feuerwehren

Die Freiwilligen Feuerwehren erfüllen vielfältige Aufgaben im Brandschutz und im Umweltschutz. Die Koalition wird die Marburger Feuerwehren in ihrer Ehrenamtsstruktur auch weiterhin in ihrer Arbeit unterstützen, die Sicherung des Brandschutzes ist eine kommunale Pflichtaufgabe.

Eine zeitgerechte und auftragsgemäße Unterbringung und Ausstattung muss weiter gewährleistet sein. Die Hauptfeuerwache in Marburg-Mitte als Zentrale der Marburger Feuerwehren ist auf Dauer zu sichern. Nach Ansicht der Koalition sollte das Gefahrenabwehrzentrum des Landkreises sinnvollerweise auch hier seinen Platz finden.

Der Anbau FWH Haddamshausen wird realisiert.

Regularien

Zur Abstimmung der gemeinsamen Politik wird ein Koalitionsausschuss gebildet, der regelmäßig zusammentritt.

SPD und Grüne werden sich in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat sowie in Ausschüssen nicht gegenseitig überstimmen.

Scheidet ein Mitglied aus Magistrat oder einer anderen über gemeinsame Liste besetzter Funktion aus, erfolgt die Nachfolge auf Vorschlag der Partei, der die ausscheidende Person angehört.

Koalitionsvertrag für die Wahlperiode 2006-2011 Marburg, im Juni 2006

Uwe Meyer Vorsitzender der Marburger SPD	Rainer Flohrschütz Vorstand von B' 90/ Die Grünen Marburg
Monika Biebusch Stellvertr. Vorsitzende der Marburger SPD	Dietmar Götting Fraktionsvorsitzender B'90/Die Grünen Marburg
Reinhold Becker Vorsitzender der Marburger SPD-Fraktion	Dr. Christa Perabo Fraktionsvorstand B'90/ Die Grünen
Sonja Sell Stellvertr. Vorsitzende der Marburger SPD-Fraktion	Dr. Petra Baumann Fraktionsvorstand B'90/ Die Grünen
Egon Vaupel Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg	Dr. Franz Kahle Bürgermeister der Universitätsstadt Marburg
Dr. Kerstin Weinbach Stadträtin der Universitätsstadt Marburg	